

## ALLGEMEINES

**Broschüre zum Freizügigkeitsrecht.** Unter dem Titel „Beratung von Unionsbürger:innen: Die Freizügigkeitsrechte in familiären Konstellationen“ hat der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband eine 20-seitige Broschüre zu den im Freizügigkeitsgesetz verankerten Regelungen für den Aufenthalt der Familienangehörigen von Unionsbürger:innen herausgegeben. Diese Handreichung enthält Informationen zur Aufenthaltskarte von drittstaatenangehörigen Familienmitgliedern, zu den Unterhaltsregelungen, zum Familiennachzug und zum Anspruch auf Sozialleistungen. Zudem finden sich hier Hinweise zur Aufrechterhaltung des Freizügigkeitsrechts von Familienangehörigen, die selbst Unionsbürger\*innen sind, bei Scheidung, Todesfall oder Wegzug der anderen familienangehörigen Person aus dem Bundesgebiet. Einige Spezialfälle des Aufenthaltsrechts werden abschließend ergänzt durch Anmerkungen zu dem seit November 2020 geltenden neuen Aufenthaltsrecht für drittstaatenangehörige „nahestehende Personen“ von Unionsbürger:innen. Die Broschüre kann unter <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/beratung-von-unionsbuergerinnen-die-freizuegigkeitsrechte-in-familiaeren-konstellationen/> abgerufen werden. Quelle: [www.paritaet.org](http://www.paritaet.org)

### Einladung zur europaweiten Global Education Week.

Die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd des Deutschen Komitees des World University Service (WUS) lädt Schulen, Universitäten, Ministerien und andere engagierte Institutionen dazu ein, sich mit Projekten aller Art an der europaweiten Global Education Week zu beteiligen, die vom 15. bis 19. November 2021 stattfindet. In Deutschland steht die Aktionswoche dieses Jahr unter dem Motto: „Digitales Lernen weltweit gestalten“. Konkret soll es um die Fragen gehen, wie hochwertige Bildung und digitales Lernen weltweit realisiert werden können und wie globale digitale Bildung einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 leisten kann. Weitere Themen sind die gerechte Verteilung digitaler Ressourcen und die Entscheidungsbefugnis über das Tempo und die Ausrichtung der Entwicklung in Europa und weltweit. Die Beiträge können per E-Mail an [infostelle3@wusgermany.de](mailto:infostelle3@wusgermany.de) eingereicht werden und werden unter [www.globaleducationweek.de](http://www.globaleducationweek.de) veröffentlicht. Näheres unter [www.informationsstelle-nord-sued.de](http://www.informationsstelle-nord-sued.de). Quelle: Mitteilung des WUS vom 15.7.2021

**Neugestaltung des Hilfe-Portals Sexueller Missbrauch.** Mit einem Relaunch am 9. August dieses Jahres wurde das Hilfe-Portal Sexueller Missbrauch aktualisiert, niedrigschwelliger gestaltet und um eine integrierte Landingpage des Hilfe-Telefons Sexueller Missbrauch erweitert. Auf der Internetseite [www.hilfe-portal-missbrauch.de](http://www.hilfe-portal-missbrauch.de) finden Betroffene, Angehörige und Fachkräfte Antworten auf zahlreiche Fragen wie beispielsweise zur

Definition sexueller und sexualisierter Gewalt, zum Umgang mit einem Verdacht und zu Übergriffen im Internet. Über eine deutschlandweite Datenbank können sich die Nutzer:innen je nach Anliegen zu passenden Hilfangeboten lotsen lassen. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, sich telefonisch unter der Rufnummer 0800/225 55 30 oder nun auch online unter [www.hilfe-telefon-missbrauch.de](http://www.hilfe-telefon-missbrauch.de) oder [www.hilfe-telefon-missbrauch.online](http://www.hilfe-telefon-missbrauch.online) anonym und kostenfrei an psychologisch und pädagogisch ausgebildete Fachkräfte zu wenden. Siehe auch [www.beauftragter-missbrauch.de](http://www.beauftragter-missbrauch.de). Quelle: Pressemitteilung des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs vom 10.8.2021

## SOZIALES

**Sozial-O-Mat zur Bundestagswahl.** Am 10. August dieses Jahres startete die Diakonie Deutschland unter [www.sozial-o-mat.de](http://www.sozial-o-mat.de) ihren neuen Sozial-O-Mat zu der am 26. September stattfindenden Bundestagswahl. Dieser bietet noch unschlüssigen Wähler:innen eine Orientierung über die sozialpolitischen Auffassungen der im Bundestag vertretenen Parteien und erleichtert damit eine den eigenen politischen Haltungen entsprechende Wahlentscheidung. Wie schon zur Bundestagswahl 2017 und zur Europawahl 2019 ermöglicht der Sozial-O-Mat eine politische Positionierung entlang sozialer Themen im Kontext von Arbeit, Gesundheit, Familie und Kinder sowie Migration. Die Nutzer:innen können 20 Thesen mit „stimme zu“, „stimme nicht zu“, „neutral“ oder „These überspringen“ beantworten, wonach der Sozial-O-Mat den Grad der individuellen Übereinstimmung mit den betreffenden Parteiprogrammen errechnet. Quelle: Pressemitteilung der Diakonie Deutschland vom 10.8.2021

### Studie zur Wohnversorgung in deutschen Großstädten.

Eine auf repräsentativen Wohn-Daten aus dem Mikrozensus 2018 basierende Studie der Humboldt-Universität zu Berlin zeigt in einem Ranking für alle 77 deutschen Großstädte, wie die Bevölkerung mit für sie in Preis und Größe angemessenen Wohnungen versorgt ist. Bundesweit 4,4 Mio. Großstadt-Haushalte (53 %) lebten in für sie zu teuren oder zu kleinen Wohnungen. Besonders von prekären Wohnbedingungen betroffen seien Alleinerziehende, Haushalte mit Migrationshintergrund und Mieter:innen mit niedrigen Bildungsabschlüssen. Um die Situation zu verbessern, bedürfe es eines deutlich erweiterten Angebots an Wohnungen mit einer Bruttowarmmiete von maximal 9 Euro pro Quadratmeter. 1,1 Mio. (12,9 %) Mieter:innenhaushalten stehe nach Zahlung der Bruttowarmmiete weniger als das im Sozialrecht festgelegte Existenzminimum zur Verfügung. Mehr zur Studie mit dem Titel „Muster sozialer Ungleichheit der Wohnversorgung in deutschen Großstädten“ gibt es unter [www.boeckler.de/de/soziale-ungleichheit.htm](http://www.boeckler.de/de/soziale-ungleichheit.htm). Quelle: [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

## GESUNDHEIT

**Langzeitpflegebericht 2021.** Die Europäische Kommission und der Sozialschutzausschuss zur Langzeitpflege haben vor kurzem den Langzeitpflegebericht 2021 vorgelegt. Dieser bietet einen Überblick über den aktuellen Stand der Langzeitpflegesysteme in der EU und der jüngsten Reformen, wobei auch erste Reaktionsmaßnahmen auf die Pandemie Berücksichtigung finden. Insbesondere geht es um den aktuellen und zukünftigen Bedarf an Langzeitpflege und um Lücken beim Zugang zu formeller Pflege im Kontext des wachsenden Anteils der älteren Bevölkerung. Darüber hinaus wird auf Lücken im Sozialschutz für Langzeitpflege und deren Auswirkungen auf den Lebensstandard älterer Menschen eingegangen. Um die Qualitätssicherung zu erleichtern, zeigt der Bericht eine Vielzahl von Ansätzen zur Definition und Messung von Qualität auf. Weitere Themen sind die Finanzierung von Langzeitpflege und die Bedeutung der Krankheitsprävention und neuer Technologien für die Verbesserung der Kosteneffizienz. Ein Link zu dem 147-seitigen englischsprachigen Pflegebericht ist auf [www.ifsw.org/long-term-care-report](http://www.ifsw.org/long-term-care-report) aufrufbar. Quelle: Mitteilung der International Federation of Social Workers (IFSW) vom 6.8.2021

**Untersuchung zur Lebenszufriedenheit im ersten Lockdown.** Auf der empirischen Grundlage von NEPS-Standarderhebungen und einer im Mai 2020 vorgenommenen Corona-Zusatzbefragung des Nationalen Bildungspanels (NEPS) untersuchte das Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LifBi) die Lebenszufriedenheit von Erwachsenen während des ersten Lockdowns in Deutschland. Dabei stellte sich heraus, dass sich diese in dem betrachteten Altersbereich (33 bis 76 Jahre) auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) in den meisten Lebensbereichen um 0,5 bis 0,9 Skalenpunkte verringert hatte. Die Zufriedenheit ganz allgemein mit dem Leben war von 7,8 auf etwa 6,9 Punkte gesunken. Bezuglich der Zukunftserwartungen wurde deutlich, dass sich die älteren Befragten etwas weniger Sorgen um eine Überlastung des Gesundheitssystems und um eine schwere Wirtschaftskrise, aber geringfügig mehr Sorgen über einen wachsenden Unterschied zwischen Arm und Reich machten als die Jüngeren. Die Studie kann unter [https://www.lifbi.de/Portals/13/Corona/NEPS\\_Corona-und-Bildung\\_Bericht\\_8-Lebenszufriedenheit.pdf](https://www.lifbi.de/Portals/13/Corona/NEPS_Corona-und-Bildung_Bericht_8-Lebenszufriedenheit.pdf) nachgelesen werden. Quelle: Mitteilung des LifBi vom 22.7.2021

## JUGEND UND FAMILIE

**Bestandsaufnahme der Familienbildung und Familienberatung in Deutschland.** Familienbildung und Familienberatung leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung von Familien in Deutschland. Das ist eines der zentralen Ergebnisse der Studie der Prognos

**Die Präsenzveranstaltungen finden vorbehaltlich der zum Veranstaltungstermin geltenden Hygiene-regelungen statt.**

**22.-23.11.2021 hybrid.** Antifeminismus von rechts: Angriffen auf Gleichstellung und Selbstbestimmtheit solidarisch begegnen. Fachtagung Antifeminismus. Information: Jugendbildungsstätte LidiceHaus, Weg zum Krähenberg 33a, 28201 Bremen, Tel.: 0421/69 27 20, E-Mail: fachtag@mbt-hb.de

**23.-25.11.2021 Soest.** In neuen Bahnen: Bildung braucht Bindung – und Kommunikation! Information: Evangelischer Erziehungsverband e.V. (EREV), Flüggestr. 21, 30161 Hannover, Tel.: 0511/39 08 81-14, E-Mail: a.bremeyer@erev.de

**25.-26.11.2021 Weimar oder online.** Censored? Conflicted Concepts of Cultural Heritage. 5. Jahrestagung des Graduiertenkollegs Identität und Erbe. Information: Bauhaus-Universität Weimar, Geschwister-Scholl-Straße 8, 99423 Weimar, E-Mail: cfp@identitaet-und-erbe.org

**29.-30.11.2021 online.** Politisierung von Jugend. Jahrestagung des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung (ZKJF). Information: ZKJF der Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaften, Universitätsstraße 25, 33615 Bielefeld, E-Mail: zkjf-tagung@uni-bielefeld.de

**2.12.2021 Luzern (Schweiz).** Kann im Schweizer Sozialsystem gute Beratung für alle gelingen? Luzerner Tagung zur Arbeitsintegration. Information: Hochschule Luzern - Soziale Arbeit, Werftestrasse 1, CH-6002 Luzern (Schweiz), Tel.: +41 41/36 74 84 8, E-Mail: sozialearbeit@hslu.ch

**3.12.2021 online.** Sozialpädagogische Beziehungen – eine selbstverständliche und vernachlässigte Dimension. Information: Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaften, Planungsgruppe Theorie-AG 2021, Warschauer Straße 36, 10243 Berlin, E-Mail: theorie-ag-sozpaed@dgfe.de

**8.-10.12.2021 Paris (Frankreich).** Abenteuerspielplätze der Vergangenheit/für die Zukunft: Wissensstand, Herausforderungen und Perspektiven. Interdisziplinäres und internationales Symposium. Information: Terrains d'aventure du passé pour l'avenir (TAPLA), E-Mail: tapla.colloque@gmail.com

**8.-11.12.2021 online.** European Congress of Neuro-Rehabilitation 2021. 27. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Neurorehabilitation. Information: u. a. Deutsche Gesellschaft für Neurorehabilitation e. V. (DGNR), Hollerithstr. 14, 53359 Rheinbach, Tel.: 0163/8715 02 3, E-Mail: info@dgnr.de

AG, die im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführt wurde. Dafür wurden insgesamt 2.188 Einrichtungen aus den 16 Bundesländern befragt und eine umfassende Bestandsaufnahme zu Strukturen, Zielgruppen, Themen und Angeboten der Familienbildung und Familienberatung in Deutschland erstellt. Die Studie zeigt den Wandel der Landschaft der Familienbildung und Familienberatung in den letzten 15 Jahren auf und identifiziert aktuelle Handlungsbedarfe sowie zukünftige Entwicklungstrends. Der Abschlussbericht der Bestandsaufnahme sowie eine Kurzfassung der zentralen Ergebnisse stehen Interessierten online auf der Website des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (<https://www.bmfsfj.de/>) sowie auf der Website der Prognos AG (<https://www.prognos.com/de>) zur Verfügung. Quelle: Mitteilung des Kompetenzeams der Evangelischen Hochschule Berlin vom 5.8.2021

**Neuer Monitor Familienforschung.** Das Bundesfamilienministerium hat im Juli dieses Jahres die 43. Ausgabe des Monitors Familienforschung veröffentlicht. Dieser präsentiert unter dem Titel „Allein- oder getrennterziehen – Lebenssituation, Übergänge, Herausforderungen“ neue Zahlen, Fakten und Studienergebnisse zur Situation Allein- und Getrennterziehender in Deutschland, wobei auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie beachtet werden. Besondere Berücksichtigung finden die Übergänge und Dynamiken im Leben Alleinerziehender. Wie die Ergebnisse zeigen, besteht für arbeitslose Personen eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, alleinerziehend zu werden. Andererseits seien 73 % der alleinerziehenden Mütter und 83 % der alleinerziehenden Väter mit minderjährigen Kindern im Jahr 2019 erwerbstätig gewesen. Ein Link zu der 69-seitigen Publikation findet sich unter [www.bmfsfj.de/newsletter/bmfsfj/183656](http://www.bmfsfj.de/newsletter/bmfsfj/183656). Quelle: Newsletter des Bundesfamilienministeriums vom 22.7.2021

**Synopse zu den Änderungen des Vormundschaftsrechts.** Das Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft e.V. hat im Juli dieses Jahres eine Synopse zu der am 1. Januar 2023 in Kraft tretenden Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts erstellt. Diese bietet unter <https://vormundschaft.net/synopse-zum-neuen-vormundschaftsrecht/> eine übersichtliche Gegenüberstellung der geltenden Regelungen und der geplanten Änderungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, ergänzt durch klar verständliche Erläuterungen. Der erste Teil der Synopse befasst sich unter anderem mit den Modifikationen der „bestellten Vormundschaft“ hinsichtlich der Auswahl des Vormunds durch das Familiengericht. Im Weiteren werden mit Blick auf die „gesetzliche Amtsvormundschaft“ vor allem die Neuerungen bezüglich der Aufgaben des Vormunds, dessen Haftung und des Umfangs der Personensorge beschrieben. Im letzten Teil folgt schließlich eine Darstellung der aktuellen und zukünftigen Bestimmungen zur Beendigung der Vormundschaft, zur Vergütung des Vormunds und zur

Pflegschaft für Minderjährige. Quelle: Mitteilung des Bundesforums Vormundschaft und Pflegschaft e.V. vom 6.8.2021

## AUSBILDUNG UND BERUF

**Studie zur Niedriglohnbeschäftigung.** Mit dem neuen IAQ-Report 2021-06 hat das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen kürzlich den aktuellen Forschungsstand zur Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland veröffentlicht. Dieser zeigt, dass 25,3 % der ostdeutschen und 18,9 % der westdeutschen Beschäftigten im Jahr 2019 für einen Niedriglohn von unter 11,50 Euro brutto arbeiteten, was einer Anzahl von insgesamt rund 7,2 Mio. Arbeitnehmer:innen entspreche. Jedoch sei in Ostdeutschland ein deutlicher Positivtrend erkennbar, wonach der Niedriglohnanteil im Zeitraum 2011 bis 2019 von 39,4 % auf 25,3 % gesunken sei und sich allein im Jahr 2019 um sieben Prozentpunkte verringert habe. Dieser starke Rückgang lasse sich vor allem darauf zurückführen, dass die zuvor unterschiedlich hohen tariflichen Verdienste in West und Ost in den meisten Branchen angeglichen worden seien. Der IAQ-Report kann unter [https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico\\_mods\\_00074521](https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00074521) abgerufen werden. Quelle: BRANDaktuell Newsletter vom 6.8.2021

**Erkenntnisse zu Arbeitsbedingungen an Hochschulen.** Um Hintergrundinformationen zur #IchBin-Hanna-Kampagne für bessere Arbeitsbedingungen an deutschen Universitäten bereitzustellen, hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft eine Studie zu den „Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen in Deutschland“ herausgegeben. Diese widmet sich der Wirkung politischer Maßnahmen auf die Beschäftigungssituation und der Personalentwicklung an den Hochschulen seit dem Jahr 2006. Im Einzelnen geht es unter anderem um die Exzellenzinitiative, um den Qualitätspakt Lehre, um das unbefristet beschäftigte wissenschaftliche Personal im akademischen Mittelbau und um die Grundfinanzierung der Hochschulen. Zudem wurden die Personalentwicklungskonzepte von 43 Hochschulen, die im Tenure-Track-Programm von Bund und Ländern reüssierten, ausgewertet. Eine Open-Access-Ausgabe des an politische Akteur:innen und die Fachöffentlichkeit im Hochschulbereich adressierten Buches befindet sich unter [wvb-open-access.de](http://wvb-open-access.de) (wvb shop). Quelle: wbv-Presseinformation vom 30.7.2021